

Frauen verdienen 100 Prozent - fünf Punkte für mehr Lohngerechtigkeit

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion

21 Prozent – so groß ist die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Deutschland. Für den so genannten „Gender Pay Gap“ gibt es viele Ursachen. Die Folgen sind für Frauen immer die gleichen: Weniger Geld am Monatsende und im Alter eine Rente, die deutlich niedriger ausfällt als die der Männer.

Wer nicht will, dass selbst unsere Töchter und Enkelinnen noch immer schlechter bezahlt werden als unsere Söhne und Enkel, der darf jetzt im Kampf für mehr Lohngerechtigkeit nicht nachlassen. Gleicher Job, gleiche Leistung, gleiches Geld - für Frauen und Männer. Das muss in unserem Land endlich selbstverständlich sein. Wir sind überzeugt: Deutschland kann mehr Gerechtigkeit! Frauen und Männer haben mehr Anerkennung und Wertschätzung für ihre Leistung verdient.

Die Erfahrung der vergangenen Jahre hat gezeigt: Die Lohnlücke verschwindet nicht von alleine und auch nicht durch schöne Sonntagsreden und Absichtserklärungen. Es braucht Mut zur Gestaltung und Mut zu mehr Gerechtigkeit. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion der Lohnungerechtigkeit mit konkreten Maßnahmen den Kampf angesagt: Vom Mindestlohn profitieren vor allem Frauen. Die Frauenquote sorgt dafür, dass Frauen besser in Führungspositionen aufsteigen können. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir unter anderem mit dem ElterngeldPlus und dem Kitausbau ermöglicht. Und nicht zuletzt haben wir mit dem Entgelttransparenzgesetz dafür gesorgt, dass Frauen ihren Anspruch auf gleichen Lohn bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit künftig besser durchsetzen können.

Das sind wichtige Erfolge, aber wir könnten auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit wesentlich weiter sein. CDU und CSU haben in den vergangenen Jahren blockiert und ausgebremst, wo sie nur konnten – auf Kosten der Frauen. Wir wollen, dass sich die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch auf dem Lohnzettel wiederfindet. Damit wir dieses Ziel möglichst bald erreichen, müssen wir jetzt weiter konsequent die Ursachen von Lohnungerechtigkeit bekämpfen.

Unsere fünf Punkte für mehr Lohngerechtigkeit:

1. Soziale Berufe aufwerten

Die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen leisten wertvolle Arbeit für unsere Gesellschaft. Rund 80 Prozent der Beschäftigten in diesen Berufen sind Frauen. Ihre Arbeit ist oft durch hohe physische und psychische Belastungen geprägt. Wer im Gesundheits- und Sozialwesen arbeitet, verdient mehr Wertschätzung. Noch immer aber werden Dienstleistungen am Menschen schlechter entlohnt als beispielsweise technische Berufe. Das wollen wir ändern – mit einem Aktionsprogramm zur Aufwertung sozialer Berufe und einem Pakt für anständige Löhne. Wir wollen gemeinsam mit den Bundesländern für eine gebührenfreie und vergütete Ausbildung sorgen. Wir wollen die Tarifbindung und die Sozialpartnerschaft stärken, um für eine bessere Bezahlung zu sorgen. Und wir wollen den Beschäftigten bessere Entwicklungsperspektiven eröffnen – beispielsweise durch neue Qualifizierungsmöglichkeiten bis zum Studium und durch Fort- und Weiterbildungsangebote. Mit der Reform der Pflegeberufe haben wir einen ersten wichtigen Schritt unternommen. Daran wollen wir anknüpfen.

2. Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln

Mit dem Gesetz zur Entgelttransparenz sind wir auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit in Deutschland ein gutes Stück vorangekommen. Wir werden es in einem nächsten Schritt zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickeln: Mit einem Verbandsklagerecht, umfassenden Auskunftsansprüchen für Beschäftigte auch in kleineren Unternehmen und verpflichtenden Prüfverfahren zu den Entgeltstrukturen in Unternehmen.

3. Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit ermöglichen

Es gibt gute Gründe, in bestimmten Phasen des Lebens weniger zu arbeiten: Die Erziehung von Kindern, die Pflege von Familienangehörigen, die Ausübung eines Ehrenamts oder eine Weiterbildung.

Mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen sind in Teilzeit beschäftigt. Wer vorübergehend seine Arbeitszeit reduzieren möchte, darf nicht auf Dauer in einer „Teilzeitfalle“ gefangen sein. CDU und CSU haben die längst überfällige Weiterentwicklung des Teilzeitrechts blockiert. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode das Rückkehrrecht in die vorherige Arbeitszeit schnellstmöglich umsetzen. Denn Frauen und auch Männer sollen die Planung über Karriere und Berufsleben selbst in der Hand behalten.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranbringen

Wir wollen, dass Familie und Beruf besser zusammengehen – für Frauen und Männer. Damit folgen wir den Wünschen von immer mehr jungen Paaren, sich die Aufgaben in Familie und Beruf partnerschaftlich aufzuteilen – gerade auch nach den guten Erfahrungen mit dem Elterngeld und dem ElterngeldPlus. Mit der Familienarbeitszeit wollen wir den eingeschlagenen Weg weitergehen. Wenn beide Elternteile jeweils 75 Prozent bis 90 Prozent der jeweiligen regulären Vollzeit arbeiten, sollen sie für bis zu 24 Monate ein Familiengeld in Höhe von 300 Euro monatlich erhalten. Natürlich sollen auch Getrennt- und Alleinerziehende das Familiengeld bekommen. Die Familienarbeitszeit führen wir auch für die Pflege Angehöriger ein.

Mit guten Betreuungsangeboten wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voran bringen und Angebote früher Bildung schaffen. Hier haben wir viel erreicht, sind aber noch lange nicht am Ziel. Wir wollen mehr Kitas, bessere Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher und noch mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung. Wir brauchen mehr Bildungs- und Betreuungsangebote am Nachmittag und außerhalb der üblichen Öffnungszeiten. Deshalb fordern wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern mit finanzieller Beteiligung des Bundes. Darüber hinaus wollen wir mit einem bundesweiten Kita-Qualitätsgesetz die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern und Zugangshürden abbauen, indem wir die Kita-Gebühren schrittweise abschaffen.

5. Den Weg frei machen für mehr Frauen in Führungspositionen

Die Quote wirkt. Mit ihr haben wir den Kulturwandel in der Arbeitswelt eingeleitet. Die aktuellen Berichte der Bundesregierung zeigen, dass vor allem dort Erfolge zu verzeichnen sind, wo die feste Quote gilt. Dort wo es keine feste Quote gibt, bewegt sich nach wie vor zu wenig. In Vorständen beträgt der Frauenanteil derzeit nur 6,1 Prozent. Es ist nicht akzeptabel, wenn sich Unternehmen beim Frauenanteil in Vorständen auf Dauer eine Zielgröße von Null setzen. Wir werden daher die Frauenquote weiter steigern. Gleichzeitig wollen wir ihren Geltungsbereich auf alle Unternehmen, auf Körperschaften des öffentlichen Rechts und auf alle Gremien wie Vorstände und Aufsichtsräte ausdehnen. Unser Ziel ist klar: Führungsgremien sollen jeweils zu 50 Prozent mit Frauen und Männern besetzt sein.